



Antworten auf die friedenspolitischen Wahlprüfsteine 2021

Ablehnung
 teilweise
 Zustimmung

Diese Tabelle dokumentiert die Antworten, ohne sie zu prüfen oder zu bewerten

Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag in der nächsten Legislatur					
Ende der nuklearen Teilhabe und Abzug der Atomwaffen aus Deutschland					
Keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr					
Deutliche und dauerhafte Erhöhung der Mittel für zivile Krisenprävention, internationale Friedensförderung und Zivilen Friedensdienst				*	
Stärkung und Einsatz der Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung				*	
Keine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf das 2-Prozent-Ziel					
Keine Beschaffung bewaffneter Kampfdrohnen für die Bundeswehr					
Grundsätzliches Rüstungsexportverbot in Artikel 26 Abs. 2 Grundgesetz					
Restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verbietet					
Verbandsklagerecht bei Rüstungsexportgenehmigungen				k.A.	
Umgehender Stopp von Rüstungsexporten an kriegführende, menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten					
Vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und Leichten Waffen		**		k.A.	
Deutsche Regularien vor Umgehung durch unkontrollierte Internationalisierung deutscher Rüstungskonzerne schützen				k.A.	
Verschärfung und strikte Einhaltung der EU-Kriterien für Rüstungsexporte					

* Die Antwort verweist auf den umstrittenen »vernetzten Ansatz«, der zivile und militärische Mittel verzahnt

** Die Antwort verweist auf ein bestehendes Kleinwaffenexportverbot; ein solches gibt es bislang aber nicht